Aus den Fraktionen des Gemeinderats



Sanierung Teckschule
Im Rahmen der Generalsanierung der Teckschule Schulstraße hat der Gemeinderat in der letzten Sitzung weitere Bauleistungen vergeben: Abgehängte Decken, Malerarbeiten und Bodenbelagsarbeiten.

Luftreiniger gegen Coronaviren
In diesem Zusammenhang hat unsere Fraktion Wernauer BürgerListe/ Junge Bürger darauf hingewiesen, dass mit den abgedeckten Decken in den Klassenräumen, die Option für eine Luftreinigung um Coronaviren zu filtern, erhalten bleiben soll.

Mobile Luftreinigungsgeräte
Die Landesregierung prüft derzeit die Förderung von mobilen Luftreinigungsgeräte.
Inwieweit diese allerdings von der Lautstärke im Schulunterricht tolerabel sind, ist noch nicht abschließend geklärt.
Deshalb ist es uns wichtig, die Option für Luftreiniger unter der Decke offenzuhalten.

Live-Übertragung der Gemeinderatssitzungen
Die Fraktionen Wernauer BürgerListe/Junge Bürger und Grüne Unabhängige haben die Live-Übertragung von öffentlichen Gemeinderatssitzungen beantragt. Wir wollen damit mehr Transparenz in der Wernauer Kommunalpolitik schaffen und auch das Interesse an der Kommunalpolitik stärken.

Keine Mehrheit für Live-Übertragung
In Städten wie z. B. Esslingen, Stuttgart und Filderstadt werden schon heute Gemeinderatssitzungen live übertragen. Rechtliche Bedenken gegen Live-Übertragung äußerte allerdings Bürgermeister Elbl. Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Antrag von einer Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt.



Einen schönen Sommer
Die Gemeinderatsfraktion Wernauer BürgerListe/Junge Bürger wünscht Ihnen allen einen schönen erholsamen Sommer.

Ihre Vertreter im Gemeinderat:
Sabine Dack-Ommeln, Stefan Redle, Joachim Gelewski, Uwe Pfeffer, Dr. Gereon Trabold, Andreas Späth und Stefan Pfitzer

www.wir-bewegen-wernau.de



CDU-Antrag zum Bevölkerungsschutz
Das Unwetterereignis vom 23. Juni 2021, welches auch große Sachschäden in Wernau verursachte und auch die aktuellen katastrophalen Hochwasserereignisse in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern Mitte Juli zeigen auf, dass wir neben weiteren Maßnahmen zum Hochwasser- und Starkregenschutz auch dringend den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz optimieren müssen.

Neben zahlreichen Politikern aller Parteien fordert aktuell auch der Deutsche Feuerwehrverband den flächendecken Ausbau von analogen Warnsirenen.
Warnapps (z. B. Katwarn, NINA) oder eine aktuell auch diskutierte Warn-SMS alleine sind nicht ausreichend.
Zunächst muss die Bevölkerung ja überhaupt erst mal auf eine Gefahrensituation aufmerksam gemacht werden.
Viele Menschen haben ihre Handys nicht ständig in der Hand. Nachts müssen Menschen bei entsprechenden Gefahrenlagen erst einmal geweckt werden.
Sinnvoll und wichtig sind also beide Systeme. Eine Sirene macht auf eine Gefahrenlage aufmerksam. Warnapps oder eine Warn-SMS klären dann inhaltlich über die Gefahr und mögliche Sofortmaßnahmen auf.
Dieser erforderliche „Warnmix“ wird auch vom Innenministerium Baden-Württemberg so ganz klar definiert.
Die früher vom Bund zum Zwecke des Zivilschutzes vorgehaltenen örtlichen Warnsirenen wurden in den 90er Jahren den Kommunen zur Übernahme angeboten.
In Wernau wurden die damaligen Warnsirenen bereits vor vielen Jahren abgebaut.
Zur Warnung (im Bedarfsfall) und zum Schutz der Bevölkerung sehen wir deshalb für den Aufbau neuer analoger Warnsirenen die Stadt Wernau in der Verantwortung.
Deshalb stellen wir den Antrag, in Wernau entsprechend erforderliche Warnsirenen zu installieren um so die Bevölkerung rechtzeitig vor entsprechenden Gefahrenlagen warnen zu können.
Die Beratung und Abstimmung im Gemeinderat soll unmittelbar nach der Sommerpause stattfinden.
Bis dahin wünschen wir allen Bürgerinnen und Bürgern erholsame Sommerferien und schöne Urlaubstage.
Bleiben Sie gesund.

Ihre Gemeinderatsfraktion der CDU Wernau:

Jens Müller, Birgit Gottwald-Kolb, Bernhard Adolf, Eugen Bisinger

www.cdu-wernau.de



Starkregenereignis – Überschwemmungen – Was nun?
Die letzten Wochen haben es uns Menschen wieder einmal gezeigt, wie machtlos wir mitunter der Natur gegenüberstehen.
Auch Wernau hat ein Unwetter mit Sturm und Hagel und mehrere Starkregen heesucht und erheblichen Schaden verursacht. Betroffen waren viele Privatpersonen, aber auch die Stadt hat Schäden in Höhe von ca. 100.000 Euro zu verzeichnen. Vielfach hört man die Frage von Bürgern: „Was tut die Stadt nun dagegen?“, etwa dann, wenn Wasser von der öffentlichen Kanalisation in Kellern eingedrungen ist.
Zunächst ist festzuhalten, dass dafür die Stadt generell auch nichts kann. Die Abwasserleitungen, die vor 50 und mehr Jahren gebaut wurden, sind für derartige Regenfälle einfach nicht ausgelegt. Hinzu kommt, dass Bodenversiegelungen, wie Dachflächen, Stellplätze, Terrassen usw. auf privaten Flächen die Belastung der städtischen Kanäle deutlich überstrapazieren. Und die Rechtsverordnungen sagen eindeutig: Grundstückseigentümer müssen sich in Eigenverantwortung vor Rückstau sichern und Vorsorge für den Fall eines Hochwassers treffen. Informationen dazu finden Sie auf der Wernauer Homepage auf folgender Seite: **https://www.wernau.de/leben-wohnen/bauen-wohnen/starkregengefahrenkarten**.

Aber kann die Stadt wirklich nichts tun?
Wir meinen schon, dass es ein paar Stellen gibt, wo Präventivmaßnahmen getroffen werden könnten. Einfach mal der Feuerwehr zuhören!
Bereits 2018 hatten die Freien Wähler bei der Vorstellung des Starkregenrisikomanagements der Stadt das Berechnungsmodell kritisiert, welches den Niederschlag nur über der Stadt berücksichtigte. Unsere Frage damals: „Und was passiert, wenn das Unwetter aus Richtung Notzingen kommt und der Bodenbach bereits eine Wasserflut mitbringt?“ Die Antwort (damals, das sei so nicht vorgesehen) bekamen wir kürzlich, zum Glück noch einigermaßen moderat – es hätte noch schlimmer kommen können.
Unterhalb des Gewerbegebiet Brühl/Winklen traten in den überfluteten Retentionsflächen ein paar merkwürdige Geländeformationen zutage, aufgrund derer man nicht korrekt ausgeführte Erdarbeiten vermuten könnte. **Wir haben eine Überprüfung beantragt**.
Vor Jahren war die Stadtverwaltung froh, dass uns nicht von behördlicher Seite ein Regenrückhaltebecken „verordnet“ wurde. Aus finanzieller Sicht mag die Reaktion in Ordnung gewesen sein. Vielleicht müssen wir uns aber angesichts der heutigen Wetterkapriolen fragen, ob es nicht sinnvoll ist, sich darüber Gedanken zu machen, wo das Wasser des Bodenbachs künftig **vor** der Ortsgrenze aufgefangen werden könnte.

Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen
Warum wir uns der Abstimmung über die Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen entzogen haben, lesen Sie bitte weiter hinten im Vereinsteil der Freien Wähler.

Ihre FWV-Vertreter
Dr. Jürgen Haas, Alfred Freistädter, Martin Baumann, Rainer Münch und Pepe Necraj



Dauerbeobachtung oder Transparenz?
Beim Thema Ratssitzungen im Livestream scheiden sich die Geister. Was kann man von Ehrenamtlichen fordern, was ist ihnen zuzumuten?
In großen Städten ist der Livestream schon lange geübte Praxis – Debatten kann jeder Bürger im Internet live mitverfolgen und anschließend ist die Sitzung als Aufzeichnung verfügbar.
Ziel ist es natürlich deutlich mehr Menschen zu erreichen als bisher in den Sitzungssaal gekommen sind. Fällt der technische Aufwand für die Übertragung bei großen Städten kaum ins Gewicht, weil diese über Presseabteilungen und entsprechend ausgebildete Mitarbeiter verfügen, ist das in Kommunen wie der unseren schon schwieriger. Da müssen Kompetenzen zugekauft werden. Pro Übertragung rechnet die Verwaltung mit ca. 1.500 € zusätzliche Kosten.
Vertagt wurde die Entscheidung darüber, weil die Landesregierung, entsprechend dem Koalitionsvertrag Rechtssicherheit schaffen will und muss.
Entsprechend der aktuellen Datenschutzrichtlinien wird grundsätzlich nur die aktuell sprechende Person übertragen, die dazu vorab ihre Einwilligung gegeben haben muss. Kameraschwenks auf andere Sitzungsteilnehmer oder Zuschauer sind nicht zulässig. Auch Übertragungen vor und nach der Sitzung oder während Pausen müssten unterbleiben. Andere Regelungen sind allerdings denkbar, wenn das Kommunalverfassungsgesetz entsprechend geändert wird.
Zum jetzigen Zeitpunkt würde das für unsere Sitzungen bedeuten, dass die Teilnehmer an den Bildschirmen die Debatten vermutlich nur sehr lückenhaft verfolgen könnten. Reaktionen der Ratsmitglieder auf Statements oder die Antwort der Stadtverwaltung, sieht man unter Umständen gar nicht. Darüber hinaus muss man sich im Klaren sein, dass über das Internet veröffentlichte Aufzeichnungen nicht ohne Weiteres vollständig gelöscht aber extern, parallel aufgezeichnet werden können.
Deshalb finden wir es legitim darüber zu diskutieren. Verständnis sollte man auch dafür aufbringen, dass ehrenamtliche Gemeinderäte keine Kommunikationsprofis sind. Nicht jede und jeder möchte zur allgemeinen Erheiterung als „meme“ in Social media auftauchen.
Bedauerlich, wenn die Freiheit, sich ungezwungen zu äußern verloren gehen würde.
Eine Gemeinderatssitzung mit seinen Vergaben oder Bebauungsplanänderungen wird sicher kein Blockbuster. Aber trotz aller Bedenken und offenen Fragen sollten wir es diskutieren und ausprobieren.

Wolfgang Sieler, Petra Binz,
Horst Nannt